

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 0442 der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
20.05.2009

Gentechnik: Runder Tisch ersetzt keine unabhängige Risikoforschung

Anlässlich des heutigen ersten Treffens von Vertreterinnen und Vertretern aus Forschung, Landwirtschaft und Kirchen zur Agro-Gentechnik erklären **Priska Hinz**, forschungspolitische Sprecherin, und **Ulrike Höfken**, Sprecherin für Ernährungspolitik und Verbraucherfragen:

Für einen echten gesellschaftlichen Dialog über die grüne Gentechnik ist es wichtig, für Ausgewogenheit bei der Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Runden Tisches zu sorgen. Nur auf einer unabhängigen und soliden wissenschaftlichen Grundlage ist die Politik in der Lage, Entscheidungen zum Umgang mit dieser Technologie im Sinne des Allgemeinwohls zu treffen.

Statt sich auf problemorientierte Ansätze zu konzentrieren, finanziert die Regierung laut ihrer Antwort auf unsere Anfrage die Entwicklung von transgenen Pflanzen in Millionenhöhe - an den Interessen der breiten Mehrheit vorbei. Und die knappen Gelder für die wichtige Biologische Sicherheitsforschung werden an Unternehmen gezahlt, die nachweislich eng mit der Agro-Gentechnik-Lobby verbunden sind und eine Deregulierung der Schutzvorschriften bei der Agro-Gentechnik anstreben.

Wer sich wie Forschungsministerin Annette Schavan schon im Vorfeld darauf festlegt, dass nur die Agro-Gentechnik-Forschung Antworten für globale Probleme wie die Welternährung liefern kann, setzt auf das falsche Pferd und gefährdet einen wirklichen Dialog. Weder der UN-Weltagarrat noch der aktuelle Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages haben das verstaubte Argument bestätigt, mit gentechnisch veränderten Pflanzen könnte die Welternährung gesichert werden.

Wir wollen, dass die unabhängige Risikoforschung gestärkt wird und die Regierung den Filz zwischen den Fachleuten ihrer Behörden mit der Agro-Gentechnik-Industrie endlich offen legt und beseitigt. Außerdem muss in nachhaltige Lösungsansätze für die globalen Probleme wie Welternährung oder Nutzung von Energiepflanzen investiert werden.

Ulrike Höfken ist Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.